

# Danziger Zeitung.

Nr. 16495.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelhagensasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 g. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Juni.

### Das Befinden des Kaisers und des Kronprinzen.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns von gestern:

Auch heute enthält der „Reichsanzeiger“ keinerlei Mittheilung über das Befinden des Kaisers, woraus man schließen kann, daß keine wesentliche Verschlimmerung, aber auch keine wesentliche Besserung eingetreten ist. Ueber das Halsleiden des Kronprinzen circuliren die widersprechendsten Nachrichten. Ob die bisherige Behandlung, zu deren Unterstützung der Kronprinz sich des Sprechens möglichst enthält und die Unterhaltung mittelst einer Schreibtafel führt, von befriedigender Wirkung gewesen ist, darüber soll die Untersuchung, welche Dr. Madenzie heute vorzunehmen beabsichtigt, Aufschluß geben. Anscheinend sind die bisherigen Aerzte nicht ganz mit der optimistischen Auffassung einverstanden, welcher Dr. Madenzie in dem neulichen Schreiben an die „Deutsche Revue“ Ausdruck gegeben hat. Auch gegen die beabsichtigte Reise nach England werden lebhaft Bedenken erhoben. Inwiefern die weitgehenden Befürchtungen berechtigt sind, läßt sich zur Zeit nicht beurtheilen.

### Die Arbeit der Branntwein-Commission.

Die gestern gefassten Beschlüsse der Branntweinsteuer-Commission sind bereits im Wortlaute telegraphisch mitgetheilt worden. Um den Hauptinhalt derselben noch einmal zusammenzufassen, so ist jetzt folgendes bestimmt:

Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1887 in Kraft. Die Nachbesteuerung beträgt 30 Pf. pro Liter Alkohol (statt 60 Pf., wie die Vorlage wollte).

Befreit von der Nachsteuer sind Quanten unter 10 Liter (statt 5, nach der ursprünglichen Vorlage).

Der Zoll für importirten Branntwein beträgt für Arrac, Cognac, Rum 125 Mk. pro Doppelcentner, für anderen Branntwein (Biqueur etc.) 180 Mk.

Sperre. Der Zollbetrag tritt bereits am Tage der Verkündung des Gesetzes in Kraft (also etwa am 20. Juni), ebenso die erhöhte Uebergangsabgabe.

Für die Zeit von der Verkündung des Gesetzes bis zur Inkraftsetzung wird der Brennereibetrieb auf  $\frac{1}{2}$  eingeschränkt.

Für dieselbe Zeit wird die Maischraumsteuer der Dreifache, bezugnehmend auf die Ausfuhrvergütung verdreifacht.

Diese Verdreifachung der Exportvergütung genießt aber nicht etwa nur der von Verkündung des Gesetzes bis zur Inkraftsetzung producirte Spiritus, sondern auch der bei der Veröffentlichung des Gesetzes überhaupt vorhandene und dann zur Ausfuhr gelangende Branntwein. Dieser hat nur eine Maischraumsteuer von 13 Mark bezahlt, erhält aber doch die verdreifachte Ausfuhrvergütung,  $3 \times 16 = 48$ . Wollte 35 Mark Prämie, reine Zugabe, erhält demnach jeder von der Veröffentlichung des Gesetzes an bis zum 1. Oktober ausgeführte Hectoliter Spiritus. Dieses Vortheil werden also alle gegenwärtigen Inhaber von Branntweinvorräthen theilhaftig, aus denen exportirt werden kann.

Die Folge wird sein eine rasche Räumung der Lager, eine erhebliche Herabminderung des Ertrags der Nachsteuer, dann aber auch eine um so schnellere Steigerung der Preise auf die zu Gunsten der Produzenten gewollte Höhe. Wir werden hierauf noch zurückkommen.

Die förmlichen Anträge der Abgg. Dr. Buhl und Gen., welche vorher zwischen den Majoritätspartei und dem preussischen Finanzminister vereinbart worden sind, wurden nach längerer Discussion gegen die beiden Freisinnigen, Dr. Meyer-Halle und Dr. Witte angenommen. Gegen den § 43 „Erhöhung der Ausfuhrvergütung“ stimmte auch Abg. Wörmann-Hamburg. In der Schlussabstimmung wurde das ganze Gesetz gegen die 4 Stimmen der Abgeordneten Dr. Meyer-Halle,

## Stadt-Theater.

Wie „Der Herrgottschneider“, ist auch „Der Prozeßhans“, den die Münchener Gäste gestern spielen, von Ludwig Ganghofer und Hans Neuert verfaßt und beide Stücke zeigen auch in der Veranlagung des Stoffes und im feinsten Ausbau eine unverkennbare Aehnlichkeit, die auf dieselbe Urheberschaft schließen lassen würde, wenn der Titel die Namen der Verfasser nicht nannte. Hier wie dort sind bis in alle Einzelheiten ausgeführte Bilder aus dem Leben des bairischen Gebirgsvolks in die Handlung eingezeichnet; hier wie dort wechseln erhebt sich das drollig komische Moment ab. Nur ist im „Prozeßhans“ der Stoff bedeutend ernster als im „Herrgottschneider“, ja, im 3. Act scheint er sich doch tragisch gestalten zu wollen, doch lenkt er dann im 4. Act wieder zu einem verführenden Schluß ein, der in behaglicher Gemüthlichkeit ausgeführt ist. Das Ganze macht den Eindruck der feinsten Bearbeitung eines ursprünglich novellistisch behandelten Stoffes, der uns schon darum interessiert, weil seine Conflicte ganz aus den Empfindungen und Anschauungen des Landvolkes geschöpft sind. Doch hat es der Bearbeiter — und wir dürfen dabei wohl an den Bühnenpraktiker, Herrn Neuert denken — vor trefflich verstanden, sowohl Scenen von packender dramatischer Wirkung, wie auch andere von seiner psychologischen Entwicklung und annuhernder Empfindung herzustellen. Der Held des Stückes, der reiche Bauer Labandorfer hat einst seine jugendliche Liebe zwar schweren Herzens, aber doch aufgegeben, weil er nicht den Muth hatte, dem unbeugsamen Willen seines Vaters Trotz zu bieten, der ihm die Tochter eines reichen Bauern bestimmt hatte. Tiefe Ebe ist für ihn die Quelle vielfacher Unlust gewesen, das er beständig als Strafe für seine Treulosigkeit gegen die Lisl empfunden hat.

Dr. Witte (freis.), Dr. Lieber und Weber (Centr.) angenommen.

Ueber die Verhandlungen geht uns noch folgender Bericht zu:

Ueber den Antrag Dr. Buhl u. Gen., die Nachsteuer von 30 Pf. betreffend, der bei der Einbringung als „secret“, d. h. nur für die Mitglieder der Commission bestimmt bezeichnet wurde, fand eine fast dreistündige Discussion statt. Einer der Antragsteller, Febr. v. Hüne, motivirte den Antrag dahin: Die Nachsteuer von 60 Pf. in der Regierungsvorlage sei zu hoch, weil zwar die volle Steuer bezahlt werde, eine Preisverhöhung aber zunächst nicht in dem Umlange eintrete. Die Nachsteuer ganz fallen zu lassen, sei unmöglich. Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten für die kleinen Leute und Händler werde eine Nachsteuer von 30 Pf. vorgeschlagen; um diesen Betrag werde der Preis unter allen Umständen steigen. Um das Exportgeschäft im Ganzen zu halten, solle die Maischraumsteuer um das Dreifache, also auf 48,6 Mk., die Ausfuhrvergütung auf 48,03 Mk. erhöht werden. Dr. v. Hüne erklärte an, daß die Gewährung dieser Ausfuhrvergütung an allen zur Zeit im Zolllande befindlichen Branntwein eine Prämie von 34,3 Mk. pro Hectoliter bedeute (32 Mk. nicht bezahlte Maischraumsteuer und 2,3 Mk. Prämie aus der bezahlten Maischraumsteuer). Zur Verhütung der Ueberproduktion werde eine Beschränkung der Brennereien auf drei Viertel der bisherigen Production mit besonderer Berücksichtigung der Brennereien beantragt; es sei das unvermeidlich, da die Brennerei schon jetzt theilweise wieder aufgenommen sei.

Belämpft wurden die Anträge der Compromißmehrheit nur von den freisinnigen Abgg. Dr. Meyer-Halle, Dr. Witte und Dr. Lieber (Centr.). Dr. Meyer bemerzte bezüglich der Nachsteuer, die theoretischen Gründe für und wider haben sich fast auf; die Nachsteuer sei sehr unpopulär, was freilich die Mehrheit nicht abhalten könne, sie zu beschließen; sie sei aber überdies undurchführbar zunächst wegen Mangels an Personal; ferner sei es unmöglich, den reinen Alkoholgehalt der Flüssigkeiten zu ermitteln. Der Bericht auf die Nachsteuer ermöge ein allmähliches Einleben in die neuen Verhältnisse, wie der Vorgang bei Erhöhung der Tabaksteuer zeige. Der Preis sei nur allmählich und bei allen Kategorien des Handels gesiegen. Zu berücksichtigen bleibe der rechtliche Gesichtspunkt, ob es erlaubt sei, Jemanden, der unter den bestehenden Gesetzen Eigentum erworben hat, plötzlich erschwerenden Bedingungen, denen er sich nicht entziehen kann, zu unterwerfen. In der Bestimmung, daß Mengen bis zu 10 Liter nachsteuerfrei sein sollen, liege ein Anreiz zur Ausbeutung des Branntweinmonopols. Die Pflicht, den Export zu fördern, liege nicht zu tabeln; aber das vorgeschlagene Mittel sei sehr künstlich; die Erhöhung der Ausfuhrvergütung bedeute ein Geschenk an die Großbrenner. Da wäre es schon einfacher, jedem Spiritusporteur bis zum Eintritt des Gesetzes einen Berechtigungschein zu geben, für jedes bis dahin exportirte Quantum ein gleiches Quantum in den freien Verkehr bringen zu dürfen. Der Vorschlag sei unerhört; die dreifache Exportvergütung werde denen gegeben, die die höhere Steuer gar nicht bezahlt haben.

Dr. Buhl beruft sich gegen Meyer für die Durchführbarkeit der Nachsteuer auf Bayern, wo die Nachsteuer in kurzer Zeit ohne jede Reclamation durchgeführt worden sei, und auf die Nachsteuer in Mecklenburg und Pommern, bei deren Eintritt in den Zollverein. Bezüglich Lübeck habe Abg. Feilich erklärt, die Sache habe sich leicht vollziehen. Auch Finanzminister Scholz ist von der Nothwendigkeit der Nachsteuer überzeugt und schreitet vor der Aufgabe, dieselbe durchzuführen, nicht zurück. Die jetzige Erregung werde aufhören, sobald die Nachsteuer beschlossen sei.

Dr. Witte ist der Ansicht, der Effect der Nachsteuer werde zunächst der eines Preisrückganges sein, der später einer Steigerung weichen müsse. Von dem Ueberzollnach Geiger habe die Commission gehört, daß in Bayern die Nachsteuer sich leicht und ohne eine Beschwerde vollziehen habe. Darin liege ein glänzendes Zeugnis für den vortrefflichen Charakter des bairischen Volkes; mehr aber fast noch für die bairischen Zoll- und Steuerbeamten, von denen er bei Einführung der Nachsteuer ein recht großes Contingent nach Preußen zu schicken bitte. Wenn der Minister v. Scholz vor der Durchführung der Nachsteuer nicht zurückschrecke und Abg. Feilich gesagt habe, daß in Lübeck die Erhebung der Nachsteuer seiner Zeit sehr glatt verlaufen sei, so habe er in Mecklenburg andere Erfahrungen gemacht und auch in Lübeck ähnliches beobachtet. Die Härten und Ungerechtigkeiten in Mecklenburg seien damals so große gewesen, daß nach Feststellung der Nachsteuerbeträge commissarische Verhandlungen stattgefunden hätten, in Folge deren mehr als 300 000 Mk. Nachsteuer bewilligt worden seien, wovon in diesem Falle keine Rede

Seine Frau ist kaltherzig und hochmüthig gewesen und ist bald gestorben, indem sie ihm nur ein Töchterchen, die Bursch hinterließ. Die verlassene Geliebte hat ihn völlig gemieden; sie hat trotz ihrer Armut ihren Sohn zum braven Menschen erzogen, der großes Ansehen in seinem heimathlichen Dorfe genießt. Sie hat ihn aber auch in Unwissenheit seiner nahen Beziehungen zum Labandorfer gelassen; er hält seinen Vater für tot. Daraus ergibt sich der eine dramatische Conflict: Toni, der Sohn Labandorfers und der Boten-Lisl liebt Bursch, also seine Stiefschwester. Der Labandorfer ist unter den dauernden Selbstvorwürfen menschenfeindlich, hart und auch selbstschädlich geworden. Die Prozeße haben schon einen großen Theil seines Vermögens verschlungen, aber seine Treulosigkeit nimmt dabei immer zu. Bei dem Beginn des Stückes erfahren wir, daß er eben beschloß, mit einem ihm gehörigen Wald schlagen zu lassen, obwohl das Gesetz die Abholzung verbietet, da der Wald als Schutz der Drückheit gegen den Lawinensturz geschont werden muß. Trotz aller Warnung läßt Labandorfer mit der Abholzung beginnen und fährt damit fort, bis die Staatsbehörde dagegen einschreitet. Als Toni nun bei dem alten Prozeßhans um die Bursch freit, sieht dieser sich genöthigt, sich als Vater Toni's zu erkennen zu geben. Die Scene, in der das geschieht und in der nun der Sohn dem Vater in sehr gut motivirtem Jörn seine Herzensliebe vorwirft, und ebenso die folgende im nächsten Act, in welcher der inzwischen ruhiger gewordene Sohn dem Vater um Verzeihung bittet und den Alten dadurch erweicht, ihm die ganze Geschichte seines innern Lebens zu erzählen, sind von großer psychologischer Wahrheit und in der schlichten Einfachheit, mit der diese Leute ihr Inneres erschließen, wahrhaft ergreifend. Gleich darauf geht eine Lawine wieder und trifft, wo der Wald bereits geräumt ist, die darunterstehende Lisl. Toni, der seiner

ein werde. Bayern sei aber mit Deutschland nicht zu vergleichen. Daß die Frage der Nachsteuer mit außerordentlichen speculativen Interessen verbunden sei — Minister v. Scholz verglich die Speculation mit derjenigen bei Einführung der Eisenölle —, sei richtig; die Frage sei nur: können die Interessen gegen einander abgemessen werden und wie ist das Verhältniß derselben? Der Antrag Buhl und Gen. enthalte die Einführung eines Sperrgesetzes, und sei dabei der 1. Oktober 1887 als Einführungsdatum in Aussicht genommen. Dabei solle eine Beschränkung der Brennereien, mit Ausnahme der Hefebrennereien, auf  $\frac{1}{4}$  des bisherigen Betriebes eintreten. Diefem Allen stimme er zu. Er halte diese Vorschläge für gerechtfertigt, wenn das Gesetz ohne Nachsteuer eingeführt werde. Weiter aber werde eine dreifache Erhöhung der Maischraumsteuer und der Ausfuhrvergütung vorgeschlagen. Das bedeute, wie Herr v. Hüne ausdrücklich gesagt, ein Geschenk von rund 35 Mk. pro Hectoliter Spiritus an alle Inhaber von Branntwein, der zur Zeit im Reich vorhanden sei und ausgeführt werde. Wer bekomme dies Geschenk? Im geringsten Grade die Brenner, größtentheils die Spiritusfabrikanten und Händler. Da sie zu erwägen, wer durch das neue Gesetz am meisten geschädigt werde und gar keine Entschädigung erhalte. Das seien die förmlichen Destillateure, Schänker, Restaurateure, Kleinhändler, also viele Hunderttausende von an sich schwachen Existenzen, denen gegenüber der Wirkung des neuen Gesetzes eine wirtschaftliche Stärkung in einem gewissen Umlange nur zu gönnen sei, anstatt daß jetzt verhältnismäßig wenigen größeren Herren ein unverhältnismäßig großer Gewinn gegeben werden soll. Wie verwirrend müsse das auf das reelle Geschäft in Branntwein wirken! Der Export werde sich unnatürlich ausdehnen; der Preis im Inlande müsse ebenso steigen und die gesamten Consumenten im Inlande würden sich in schwieriger Lage befinden. Er bleibe dabei, daß unter Feststellung geeigneter Uebergangsmaßregeln die Einführung des Gesetzes ohne Nachsteuer sehr gut durchführbar sei und daß jedenfalls der vorliegende Antrag mit seinen colossalen Ausfuhrprämien nicht angenommen werden dürfe.

Im weiteren Verlauf der Debatte hob Dr. Meyer-Halle die Nothwendigkeit hervor, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die erhöhte Ausfuhrvergütung nicht demjenigen Branntwein zu Theil werde, bei welchem die erhöhte Maischraumsteuer nicht bezahlt worden sei.

Die Bestimmung, daß die erhöhte Uebergangsabgabe erst vom 1. Oktober ab von den süddeutschen Qualitätsbrennereien erhoben werden soll, wurde auf Antrag des Abg. v. Gager in das Gesetz aufgenommen. Die Vertreter Bayerns, Badens und Württembergs erklärten sich gegen die Einführung des Gesetzes zum 1. Oktober d. J.

Ueber die Wirkung der Beschlüsse auf die Berliner Börse schreibt die „Freis. Ztg.“:

An der Berliner Productenbörse riefen die Beschlüsse der Commission über Nachsteuer und Ausfuhrvergütung die heftigste und wildeste Aufregung hervor. Das ganze Geschäftinteresse concentrirte sich auf Spiritus, so daß der Handel in den übrigen Artikeln zeitweise ganz ins Stocken gerieth. Die Spirituspreise loco stiegen um mehr als 3 Mk., die Terminpreise bis zu 8 Mk.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns ferner:

„Der officielle Beschluß der Branntweinsteuercommission des Reichstages bezüglich des Einführungsstermins des Gesetzes und der Nachsteuer war zwar erst kurz vor dem Beginn der Plenarsitzung des Reichstages gefaßt worden; aber darüber, was beschlossen werden würde, konnte Niemand mehr im Zweifel sein, nachdem die Anträge Buhl und Gen. vorlagen, bei deren Ausarbeitung die Conservativen, die Nationalliberalen und das Centrum theilhaftig gewesen sind und die selbstverständlich auf einer Verständigung mit der Regierung beruhten. Die Hausspeculation war mit den Beschlüssen anscheinend außerordentlich einverstanden, obgleich bisher die Anhänger der Hausspeculation — natürlich nur an der Börse — für die Nachsteuer eingetreten waren. Die plötzliche Preissteigerung um 8 Mk. an der hiesigen Börse ist das Ergebnis des geradezu unverständlichen Beschlusses, neben der Nachsteuer, dem Sperrgesetz und der Contingentierung der Brennereien noch eine Verdreifachung der Ausfuhrvergütung zur Hebung des Exports einzuführen und damit auch dem Branntwein, der nur die bisherige Maischraumsteuer von 13 Mk. bezahlt hat, eine Exportprämie von 35 Mk. pro Hectoliter zu gewähren. Vorschläge dieser Art waren bisher nur gemacht worden, um die Nachsteuer überflüssig zu machen.“

Mutter zur Hilfe gerufen ist, wird schwer verletzt aus den Trümmern des Hauses herabgezogen und stirbt auf der Stelle. Die Anordnung der Alten in das Haus seines Vaters gebracht. Der Alte, der sich nun der Schuld an dem Tode seines Sohnes anklagt, bricht an der Bursch zusammen und verfällt in schwere Krankheit. Toni, der nur betäubt war, erholt sich schnell und hat während der Krankheit des Vaters Zeit, dessen verwirrte wirtschaftliche Verhältnisse zu ordnen. Der Labandorfer ist unter den letzten Schicksalsschlägen ein anderer Mensch geworden; er entschließt sich, sein Vergehen an der Jugendliebe wieder gut zu machen, indem er sie heirathet, und da die große Katastrophe auch andere Herzenskranke aufgefressen hat, kommen auch seine Kinder Bursch und Toni zu glücklichen Herzensbündnissen. Des der Faden der Handlung, die, wie erwähnt, zu verschiedenen sehr wirksamen Scenen und zu manchem genrebildartigen, aber immer interessirenden Beiwert benutzt ist.

Die Titelrolle spielte Hr. Neuert mit großem Erfolg; sowohl die Herbeiten des Charakters, wie das qualvolle Erschließen des Herzens zu dem unabwendbaren Schicksal der Schuld, wie endlich das wiedererwachende Gemüthsleben wurden mit bewundernswerther Darstellungskraft wahr und natürlich und so ganz innerhalb des Bereichs schlichter bauerlicher Natur gegeben. Bräutigam war auch die Gestalt des Toni, die uns Herr Albert lieferte, voll kräftiger Männlichkeit und mit den warmen, zum Herzen sprechenden Tönen ausgestattet, die diesem Künstler zur Verfügung stehen. Ebenso führte Hr. Schöndgen die alte Boten-Lisl in sehr realistischer, aber doch dabei mit aller Innerlichkeit ausgestatteter Weise vor. Die beiden Mädchenrollen befanden sich in den Händen der Damen Thaller und Bleibtreu. Die Erstere spielte die Lisl mit derselben frischen Laune und Gemüthswärme, welche ihre Lisl im „Herrgottschneider“ be-

Der nachträgliche Bericht über die heutige Commissionsverhandlung ist gestern Abend schon festgelegt worden. Die zweite Berathung bleibt für nächsten Montag in Aussicht.

### Der Abschluß der Zuckersteuer-Vorberatung.

Nicht das Ergebnis der vorgestrigen Berathung der Zuckersteuercommission, sondern die große Majorität, welche die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage beschloß, hat Ueberraschung hervorgerufen. Selbst der Antrag Robbe, der die Befreiung der Rübensteuer und die Gewährung einer offenen Exportprämie befürwortete, erhielt nur 6 Stimmen; gegen das System der Regierungsvorlage stimmten außer den 3 Freisinnigen nur 2 Mitglieder, während eine Minorität von acht Stimmen, darunter Staudy, Rauchhaupt, Graf Stolberg, v. Kardorff, v. Landsberg gegen die Ausfuhrvergütungsfrage der Vorlage als zu niedrig stimmten. Am heftigsten gegen die Regierungsvorlage kämpfte Staudy. Herr v. Kardorff sagte den Ruten von 120 Fabriken im Osten nach Annahme der Regierungsvorlage voraus, ohne eine Wirkung zu erzielen. Den Rest der Vorlage wird die Commission voraussichtlich gestern Abend erledigt haben.

### Ein Versuchsballon.

Dem Wiener Correspondenten des „Standard“ gegenüber hat sich ein hoher Beamter des österreichischen Ministeriums des Aeußern wie folgt über die Wahrscheinlichkeit einer Drei-Kaiser-Zusammenkunft in diesem Jahre ausgesprochen:

„Wir wissen nichts von einer Zusammenkunft der drei Kaiser in diesem Jahre. Graf Kalnoth hat von seiner Seite eine derartige Mittheilung erhalten, und die Hofwürdenräthe, welche gewöhnlich über die Bewegungen des Kaisers informiert sind, wissen auch nichts davon. Das Gerücht enthalte wahrscheinlich durch die Absicht des Zaren, nach Kopenhagen zu reisen, und es ist sogar möglich, daß diejenigen russischen Staatsmänner und Diplomaten, welche zur Friedenspartei gehören, eine solche Zusammenkunft als sichtbares Zeichen des Friedens und guten Einvernehmens herbeiführen suchen. Aber der Zar ist gewohnt, seinen eigenen Ideen zu folgen und nicht denen seiner Hofschäfer und Minister. Bis jetzt deutet nichts an, daß er sich entschlossen hat, der Welt die Tröstungen einer Drei-Kaiser-Zusammenkunft zu geben. Der Friede ist dennoch gesichert. Ueber die friedlichen Intentionen des Zaren kann kein Zweifel herrschen, und das ist die Hauptsache. Das betreffende Gerücht ist vielleicht ein „ballon d'essai“.“

### Gladstones Einigungsversuche.

Dem Vorschlage Gladstones, daß eine Konferenz zwischen ihm und Lord Hartington stattfinde, behufs Anbahnung einer Wiedervereinigung der liberalen Partei, wird, wie der „Standard“ erzählt, in liberal-unionistischer Kreise keine Bedeutung beigelegt. Man bezweifelt, ob eine Grundlage für Verhandlungen gefunden worden ist, und man glaubt nicht, daß Lord Hartington sich auf irgend eine Konferenz einlassen werde, falls nicht gegründete Hoffnung vorhanden sei, daß sie ein befriedigendes Ergebnis haben würde.

Chamberlain wird jedoch, bevor er seine für den 14. Juni geplante öffentliche Rede in London hält, eine Besprechung mit Hartington haben, und auch Sir G. Trevelyan wird den Führer der liberalen Unionisten aufsuchen, um zu erfahren, welche Stellung derselbe zu Gladstones Vorschlägen einzunehmen gedenkt.

### Reichstag.

38. Sitzung vom 8. Juni.

Zweite Berathung der Anträge der Abgg. Gize und Kohren, betreffend die Arbeiter-Schutzgesetzgebung.

Die Commission hat die Frage der Sonntagsruhe mit Rücksicht auf die im Ganze befindliche Enquete gar nicht erörtert und sich bezüglich der Arbeitszeit Erwaechener und der Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie auf Resolutionen beschränkt.

Betreffend die Kinderarbeit (§ 135) wird folgende Resolution vorgeschlagen: „Die verbündeten Regierungen

reits so annehmbar gemacht hat. In Hr. Bleibtreu (Bursch) lernten wir eine junge Künstlerin von sehr anmuthigen Erscheinung kennen, die durch die schöne Einfachheit ihrer Darstellung ungemein wohlthuend wirkte. Hr. Herz (Franz), der am Tage zuvor die Gestalt des humoristischen alten Hochzeitsladers sehr tüchtig gegeben hatte, bekundete sich heute als geschickter jugendlicher Liebhaber mit warmer Empfindung. Die derbkomische Episode des Gemeindedieners Schlaenderl, der sorglich den Volksdialekt vermeidet, dafür aber in verkehrter gebrauchten Fremdwörtern schwelgt, wurde von Hr. Hofpauer höchst drollig zur Geltung gebracht. Die Vertreter der kleineren Rollen, sowie die Gesänge und Tänze vervollständigten wiederum das Gesamtbild der musterhaften Vorstellung.

Heute wird nun der „Herrgottschneider“ wiederholt und morgen kommt ein hier neues Repertoirestück der Gesellschaft, „Das Ausragskühler“ von Neuert zur Aufführung. Der Titel ist eine spezifisch bairische Benennung für das, was die Rechtslehre unter dem „reservatum rusticum“, der Mund des Volkes unter „Altenheil“ oder „Ausgedinge“ versteht. Dieses Institut bezieht sich auf dasjenige Verhältniß, welches durch Uebergabe eines Bauerngutes, in der Regel seitens des noch lebenden Vaters an den ältesten Sohn, geschaffen wird, und welches die Rechtsansprüche des bisherigen Besitzers in Bezug auf seine Lebensbedingungen und seinen Lebensunterhalt vertragmäßig regulirt. Das Rechtsverhältniß des „Ausgedinge“ spielt in unseren ländlichen Beziehungen, im Norden wie im Süden, eine gewichtige Rolle; es greift tief ein in die Gestaltungen des bauerlichen Familienlebens und erweist sich häufig genug als der Untergrund zu schweren tragischen Verwicklungen.



an ersehen, thut sich das Reichstage einen Gesetzwurf vorzulegen, durch welchen die Beschäftigung von Kindern im Gewerbe außerhalb der Fabriken unter der nötigen Rücksichtnahme auf die körperliche, sittliche und intellektuelle Entwicklung der Kinder geregelt wird. — Ein solches. Antrag (Meister u. Gen.) will die Beschäftigung von Kindern vom 1. April 1890 nur gestatten, wenn die Kinder der landesgesetzlichen Schulpflicht genügt haben und durch ärztliches Attest ihre physische und geistige Tauglichkeit für die zu übernehmende Arbeit erwiesen ist.

Abg. Niethammer (nat.-l.) beantragt, in der Resolution ersucht, dass die Worte „im Gewerbe außerhalb der Fabriken“ die Worte „in den Fabriken“

Abg. Giese (Centrum) betrachtet die Beschlässe der Commission als erfreuliche Abklärgabe und verzichtet daher auf die Wiederbringung seiner weitergehenden Anträge. Bedauerlich ist das Fehlen des Reichstages, welches aus den den Commissionsbeschläffen widersprechenden Petitionen verschiedener Handelskammern spreche, und namentlich aus der Petition des Centralverbandes deutscher Industrieller. Deutsutage, wo alle Welt auf den Schutz der Arbeiter sinne, wisse der Centralverband nichts weiter auszusprechen, als die Befürchtung, dass die Industrie die vermehrten Lasten nicht werde tragen können. Zweifellos sei doch die Socialdemokratie nicht wirksamer zu bekämpfen, als durch Gewährung ihrer berechtigten Forderungen.

Abg. Schmidt-Greif (freil.): Ich bin der Meinung, dass in der Zukunft eine volle Befreiung der Kinderarbeit in allen Fabriken möglich ist. Die Industrie kann ohne Kinderarbeit bestehen, und die Verhältnisse und die Lebenshaltung der Arbeiter sind bei uns besser als da, wo die Kinderarbeit zu Hause ist. Für die Kinderarbeit tritt der sog. Centralverband deutscher Industrieller ein, der Vertreter der extremsten Schutzöllerei; wenn er sich als Vertreter der deutschen Industrie hinstellt, so ist das eine Anmaßung. Redner befreit sich ohne die Kinderarbeit die Konkurrenz mit dem Auslande nicht aufrecht erhalten werden könne. Es sei auch nicht zu befürchten, dass die in den Fabriken nicht mehr beschäftigten Kinder in die Hausindustrie übergehen. Denn eine Hausindustrie könne sich nicht mehr so schnell entwickeln. Wenn die Konkurrenz mit dem Auslande nur auf Kosten der Kinder aufrecht erhalten werden könne, dann solle man sie lieber preisgeben, als ein degeneriertes Volk zu erzeugen. Wenn der Arbeiter ohne die Mithilfe der Kinder nicht auskommen könne, so sei das ein Beweis, dass die Arbeiter zu schlecht bezahlt werden. Die Löhne sind gerade da am niedrigsten, wo die Kinderarbeit am stärksten ist. Die Aufrechterhaltung der Kinderarbeit würde nur eine Prämie für die Erhaltung aller schlecht eingerichteten Fabriken sein, und zwar eine Prämie, gewährt auf Kosten des Arbeiters, das für den Stand der Fabrikanten.

Abg. Werbach (Reichsp.): Jede Beschränkung der Kinderarbeit in den Fabriken muss dahin führen, dass die Kinder entweder aufstößig auf der Straße liegen und allen möglichen Gefahren ausgesetzt sind, oder dass sie in die Hausindustrie hineingezogen werden.

Abg. Niethammer (nat.-l.) hält es ebenfalls für ein erstrebenswertes Ziel, dass die Kinderarbeit in den Fabriken beseitigt wird; aber die Commissionsbeschlässe bewegen sich nicht auf dem richtigen Wege. So lange nicht Klarheit über die Frage der Kinderarbeit in den Fabriken und in der Hausindustrie geschaffen worden ist, könne man an eine gesetzliche Regelung der Frage nicht herangehen. Beide Fragen müssten gleichzeitig erledigt werden und man wüsste dabei auf die vorhandenen Verhältnisse und auf die Bedürfnisse der Industrie Rücksicht nehmen. Wenn man die Arbeit der Kinder von 12 bis 14 Jahren einfach verbietet, so tritt man den Kindern entgegen, deren Arbeitstriebe sich regt. Man kann eine besondere Aufsicht für die Beschäftigung der Kinder verlangen, eine Beschäftigung im geschützten Raum und eine ihren Kräften angemessene Arbeit. Aber darüber sollte man nicht hinausgehen.

Schül. Beuolm. Graf Dohenthal: Die sächsische Regierung bittet um Ablehnung der Commissionsbeschlässe, weil dadurch namentlich die sächsische Industrie erheblich geschädigt werde. Die Kinder, welche jetzt in der Fabrikarbeit beschäftigt werden, würden der Hausindustrie in die Arme getrieben.

Abg. Klemm (cons.) spricht sich in demselben Sinne aus.

Abg. Giegelsky (Pole) tritt für die Commissionsbeschlässe ein, die im wesentlichen den Wünschen der polnischen Fraction entsprechen.

Abg. Meister (Soc.): Man sollte eigentlich glauben, dass Meinungsverschiedenheiten über die Nothwendigkeit des Arbeiterschutzes nicht mehr bestehen können; hat doch selbst die Commission diese Nothwendigkeit in erster Linie anerkannt. Trotzdem gehen die sehr gemilderten Commissionsbeschlässe den meisten Herren noch zu weit. Redner weist namentlich darauf hin, dass die Kinderarbeit in gewissen Fabrikationszweigen, namentlich in der Cigarrenfabrikation für Gesundheit und Sittlichkeit der Kinder wenig zuträglich sei. Leider helfen die Eltern selbst dazu, die Gelege zu umgehen; sie machen dem Fabrikanten ein A für ein U, um die Kinder in die Fabrik schicken zu können, und die Controle der Fabrikinspektoren ist noch immer keine durchgreifende, weil die Fabrikanten von dem Revisionsbesuche des Fabrikinspektors gewöhnlich vorher verständigt werden. Redner ist erfreut über die Stellung, welche der freisinnige Redner diesmal eingenommen hat; sie weicht bedeutend ab von dem früheren Verhalten der Partei. Am besten wäre es, die Kinder erst nach vollendetem 16. Lebensjahre zur gewerblichen Arbeit zuzulassen. Die Industrien, welche das nicht vertragen können, verdienen nicht mehr zu existieren. Wunderbar ist es, dass selbst Arbeiter gegen die Vorschläge der Commission Petitionen eingereicht hätten. Aber man weiß ja, wie die Petitionen zu Stande kommen. Redner verliest das Circular eines Spinnervereins, welches die Fabrikanten auffordert, eine solche Petition in ihren Fabriken circuliren zu lassen. Die Verweigerung der Unterschrift einiger Arbeiter habe natürlich sofortige Kündigung zur Folge gehabt. Eine Umänderung der bestehenden Verhältnisse muss erfolgen, wenn nicht schlimme Folgen daraus entstehen sollen.

Abg. Miquel (nat.-lib.) bedauert, dass die Commission und der Reichstag über diese Frage beraten ohne Mitwirkung der Regierungen. Trotzdem werde er für den Commissionsantrag stimmen. Ich halte die Arbeiterschutzgesetzgebung selbst für erwünschte Arbeiter für durchaus notwendig. Es wird sich aber immer fragen, wie weit können wir in einem gegebenen Augenblicke damit gehen? Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir nur im Einzelstand und im gleichen Schritt mit anderen Nationen vorgehen können. So ängstlich darf man nicht sein. Die Fabrikanten glauben, sie müssten in Folge jeder solchen Maßregel zu Grunde gehen. Sie werden solche Maßregeln sehr bald verschmerzen. Wenn wir die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren verbieten und nur für eine Uebergangszeit Ausnahmen zulassen, so hoffe ich, wird der Bundesrath diesem Beschlusse zustimmen. Ein großer Theil der Beschäftigten der Kinder ist gesundheitsgefährlich, namentlich in der Tabakindustrie, und sollte schon deshalb verboten werden. Ich fürchte allerdings, dass man durch Beschränkung der Arbeitszeit oder durch Verhinderung der Wirtarbeit der Angehörigen den Lohn der Arbeiter herabdrückt; aber doch nur für eine Reihe von Jahren. Und für diese Uebergangszeit möchte ich eben, dass der Bundesrath das Recht haben soll, Ausnahmen zuzulassen, um eine allmähliche Angleichung der Lohnverhältnisse herbeizuführen. Ein Rückfall der Kinder, welche in die Fabrik nicht mehr gehen dürfen, in die Hausindustrie ist möglich, aber doch nicht bei allen Industriezweigen. Deshalb ist eine Beschäftigung der Hausindustrie ebenfalls notwendig.

Abg. v. Kleist-Nowak (cons.) bezeichnet die Anträge als praktisches Christenthum und als eine Ausführung der kaiserlichen Votschaft. Er ist mit den Anträgen der Commission durchweg einverstanden.

Abg. Baumhach (freil.): Gegen den Vorschlag auf Abschluss schulpflichtiger Kinder aus den Fabriken ist eigentlich nur aus Sachsen, wo ja auch die Verhältnisse bezüglich der Schulpflicht eigenartig liegen, Widerspruch gekommen; aber auch dort könnte man sich mit dem immerhin praktischen Vorschlag der Commission einverstanden erklären. Absolut irrational aber ist das Verlangen des socialdemokratischen Redners, die Kinder von aller und

jeder gewerblichen Beschäftigung auszuschließen. Bekanntlich geht man gerade jetzt damit um, den Handwerkslehrlings-Unterricht auch in den höheren Lehranstalten einzuführen. Man soll also weder nach der einen, noch nach der anderen Seite zu weit gehen; man soll die Hausindustrie nicht verbieten, sondern nur Ausweitungen angemessener Anstrengung und Ausbeutung entgegenstellen. Der v. Kleist-Nowak wird in seinem praktischen Christenthum geradezu inhuman, wenn er einer verheirateten Arbeiterin nur eine schicksalhafte Arbeitszeit gestattet will. Gerade bei dem Vorgehen in allen diesen Arbeiterfragen ist äußerste Vorsicht geboten; die beste Absicht der Arbeiterfreundlichkeit nützt dem Arbeiter nichts, wenn der Zwang des Gesetzes sich gegen ihn selbst wendet.

Abg. Windthorst: Ich stimme für den Commissionsantrag. Es liegt mir sehr daran, für unsere Beschlässe möglichst Einstimmigkeit herbeizuführen; ohne einen festen Grund wird es uns nicht gelingen, die Bundesregierung aus ihrer Bewegungslosigkeit aufzuwecken. (Heiterkeit.) Zur Bekämpfung der verderblichen Tendenzen der Socialdemokratie ist es nötig, dass wir die Arbeiterschutzgesetzgebung möglichst rasch vollenden. (Beifall im Centrum.)

Der Antrag Meister wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt, der Commissionsbeschluß gegen die Stimmen vereinzelter Nationalliberalen und Mitglieder der Reichspartei genehmigt.

Nächste Sitzung: Freitag.

### Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Auch der Bericht über die Finanzvorlage und denjenige über das Seesundgesetz sind fertiggestellt worden. Das Zustandekommen der ersten ist, nachdem die Mehrheit der Commission die Regierungsvorlage abgelehnt und die bekannten Reichstagsanträge angenommen hat, sehr unwahrscheinlich. Die Gebührenordnung für Rechtsanwälte wird bekanntlich nicht einmal in der Commission beraten, da diese nur über eine Resolution wegen Beschaffung statistischen Materials verhandelt. Inzwischen hat der Bundesrath heute auch die weiteren, auf Gesetz-Entwürfen beruhenden Vorlagen und die Abänderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten zur Verathung des Reichstags festgesetzt. Es fragt sich nur, ob die Majorität nach Erledigung der Steuervorlagen, deren Verathung mindestens die nächste Woche ausfallen wird, noch Neigung hat, um verhältnismäßig so wenig dringenden Vorlagen in der Session noch zu verhandeln. Von den andererseits angekündigten Verathungen des Seniors-Contenbts über die Geschäftsstelle ist bisher nur in den Zeitungen die Rede gewesen.

[Der österreichisch-ungarische Botschafter] Graf Seckenhof ist nach mehrwöchiger Anwesenheit in Wien und kurzem Verweilen auf seinem im Oedenburger Comitai gelegenen ungarischen Gut und Herrschaftsitz Sopron gestern Abend wieder nach Berlin zurückgekehrt.

L. [Antrag zum Postdampfergesetz.] Die freisinnige Partei des Reichstags, Dr. Bamberger und Gen. haben zum Postdampfergesetz folgende Resolution eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Direction des Norddeutschen Lloyd zu veranlassen, dass sie periodische statistische Erhebungen über die mittelst ihrer vom Reich subventionirten Schiffe beförderten Passagiere und Waaren, namentlich mit Angabe des Ursprungs der Waaren und der Nationalität der Passagiere, sowie der Ein- und Ausreisestationen anfertige, und diese statistischen Aufstellungen zur Kenntniss des Reichstags zu bringen.“

[Die Ernennung des Bischofs Kopp zum Fürstbischof von Breslau] meldet der „Moniteur de Rome“ in Gestalt eines Specialtelegramms aus Berlin: Als ein sicheres Anzeichen dafür, dass die Berufung des Bischofs Kopp auf den fürstbischöflichen Stuhl in Breslau nahe bevorstehe, wird es nach der „Frankf. Zig.“ in Fulda betrachtet, dass die im Herbst v. J. in das dortige Priesterseminar eingetretenen Theologen aus den Diöcesen Fulda und Hildesheim statt nach dem ursprünglichen Plane im Laufe des nächsten Winters zufolge bischöflicher Anordnung schon am 5. d. Mts. die Priesterweihe empfangen. Am 1. d. Mts. empfing der Bischof den Besuch des Bischofs Dr. Hassner von Mainz und Tags darauf denjenigen des Fürsten zu Saxe-Weimar, welche Besuche ebenfalls mit der bevorstehenden Veränderung in der Bischofsstühle des bischöflichen Stuhles zu Fulda in Verbindung gebracht werden.

[Zum Gesselschaften der Königsgradiere in Liegnitz] war auch ein Brief der Kaiserin folgenden Inhalts eingegangen:

„Der Ehrentag des Königsgradiere-Regiments veranlaßt mich als Chef des 4. Garde-Regiments, Meinen Glückwunsch demselben zu überreichen und beifolgendes Andenken dem Offizierscorps zur Erinnerung an die Jubiläumstage zu bestimmen, welche in ihrer hohen Bedeutung mit Dank und Zueversicht erfüllt. Gott schütze das Regiment und seinen Erhabenen, allverehrten Chef.“

Das Geschenk der Kaiserin bestand in einer Statuette des Kaisers zu Pferde.

[Das unvermuthete Fernbleiben des Kaisers] von der Jubelfeier in Liegnitz beschäftigt natürlich die dortige Bürgerschaft sehr lebhaft, und nicht zu verwundern ist es, dass man in der augenblicklichen Verstimmung auf allerlei seltsame Vermuthungen kam. So schreibt der „Liegn. Anz.“:

In der hiesigen Bürgerschaft kursiren gegenwärtig so widersprechende Gerüchte über den Grund, weshalb der Kaiser nicht hierher gekommen ist. Daß es an der Zeit sein dürfte, dieselben zu widerlegen oder doch zu klären. Man spricht davon, es sei ein Attentat oder doch eine Demonstration seitens der Anarchisten oder Socialdemokraten geplant gewesen und man hätte deshalb viele Criminalbeamte hierher commandirt, ja man behauptet sogar, die Keller des Schlosses seien untersucht worden, ob dieselben Dynamit enthielten. Diese ganzen Gerüchte sind dadurch hervorgerufen worden, daß zwei Berliner und vier Breslauer Detectives hier anwesend waren, um auf drei Socialdemokraten zu fahnden, welche von Berlin nach hier signalisirt worden waren. Einer derselben wurde hier in einem Hotel ermittelt.

Dazu bemerkt das „V. Tagebl.“: Die Liegnitzer mögen sich beruhigen. Hier in Berlin weiß man ganz genau, daß der Kaiser an der Liegnitzer Reise in der That durch ein vorübergehendes (auch amtlich im „Reichsanz.“ constatirt) Unwohlsein verhindert war, das inzwischen glücklich gehoben ist.

### Von der Marine.

\* Das Kanonenboot „Wolf“, (Commandant Capitänleutnant Jägle) ist am 8. Juni c. in Amoy eingetroffen und beabsichtigt am 9. d. M. wieder in See zu gehen. — Der Dampfer „Salter“, mit dem Abblösungscommando für den Kreuzer „Albatros“, ist am 8. Juni c. in Melbourne eingetroffen und beabsichtigt am 9. d. M. wieder in See zu gehen.

Am 10. Juni: Danzig, 9. Juni. M. 11.41. S. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wetter-Aussichten für Freitag, 10. Juni, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Ziemlich heiter bei veränderlicher Bewölkung mit mäßiger Luftbewegung; ohne erhebliche Niederschläge und Wärmeänderung.

\* [Karl Köppl.] „Des Menschen Leben währet siebzig Jahre, wenn es hoch kommt achtzig Jahre, und wenn es kühnlich gewesen, so ist es Mühe und Arbeit gewesen!“ Auf wen könnte dieses Wort des biblischen Weisen wohl treffender angewendet werden, als auf den Mann, dessen Heimgang nach langem, fast bis zum letzten Athemzuge thätigen Leben wir heute unseren Lesern zu melden haben: auf Karl Köppl, den Senior der hiesigen Rechtsanwälte, den unermüdblich schaffenden Veteranen unseres öffentlichen Lebens, in welchem er einst mehrere Jahrzehnte lang nicht nur eine hervorragende, sondern geradezu leitende Stellung einnahm. Nach nur kurzer Krankheit ist er gestern Abend 8½ Uhr im Alter von 80 Jahren entschlafen.

Karl Köppl, ein Bruder des bekannten Historikers, Prof. Köppl in Breslau, wurde geboren am 1. März 1807 in Danzig, wo sein Vater als Justiz-Commissionarius functionirte. Er absolvirte das kaiserliche Gymnasium in Danzig, bestand hier zu Michaeli 1826 das Abiturientenexamen und bezog am 16. October 1826 als junger Student der Rechte die Universität Königsberg. Nachdem er in Berlin seine Studien fortgesetzt und beendet hatte, trat er in den Justizdienst ein, wurde am 23. März 1829 zum Auzultator und am 13. September 1830 zum Referendarius ernannt. 1849 verließ er den unmittelbaren Staatsdienst und begann hier seine Wirksamkeit als Rechtsanwalt und Notar, die er, — wenn auch in den letzten Jahren wegen anderweitiger Inanspruchnahme seiner Thätigkeit nur in beschränktem Umfange, — fast 40 Jahre lang geführt hat. Gegen Ende der 1860er Jahre erhielt er den Charakter als Justizrath, später auch den rothen Adler-Orden.

Schon in der Mantuffel-Westphalen-Raumer'schen Reaktionsperiode bildete Köppl hier in Gemeinschaft mit Heinrich Behrendt und einigen anderen Freunden den Mittelpunkt eines kleinen Kreises von Männern, welcher den Geist des liberalen Bürgertums nach zu erhalten suchte, um im geeigneten Momente dessen Forderungen auch in unserer Stadt wieder zur Geltung zu bringen. Als mit dem Antritt der Stellvertretung unseres Kaisers für seinen schwer kranken königlichen Bruder Ende 1857 der Abschluß dieser trübsten Zeit Preußens herannahte, begründete Köppl in Gemeinschaft mit Heinrich Behrendt und den früher dahingegangenen Freunden Ferdinand Browe und Fritz Schottler die „Danziger Zeitung“, um den bisher in der Stille genährten Ideen der Reform unseres politischen und kommunalen Lebens offenen Ausdruck und das Gewicht der öffentlichen Discussion zu geben, den Interessen unseres Handels und Verkehrs, den wirtschaftlichen Forderungen Westpreußens eine geeignete Vertretung durch die Presse zu schaffen. So fand die neue Aera in unserer Stadt einen Kreis uneigennützig strebender freisinniger Männer bereit wohlgerichtet auf dem Blatz. Köppl wurde bald ein viel besprochener Mittelpunkt desselben. Auf politischem Felde übernahm er die tactische Führerschaft und fast die ganze organisatorische und ausführende Arbeit; auch auf kommunalem Gebiet fand er alsbald im Vortreffen. Zunächst wurde die Stadtverordneten-Versammlung regenerirt und Köppl wurde nun ihr Vorsitzender; jedoch erst mit der Wahl des neuen Stadtverordneten in der Person des Herrn v. Winter und der Wahl einer Anzahl neuer Stadträthe, welche die Stadtverordneten-Versammlung unter Köppls Vorsitz vollzog, konnte das Reformwerk in energischeren Schritt kommen und sich schrittweise gestalten. Anfangs der 1860er Jahre folgte unter Köppls Führung die Begründung der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft für Westpreußen“, welche er in ihrer zeitweise recht lebhaften Thätigkeit durch Wort und Schrift als Vorsitzender leitete, bis gegen Ende der 1860er Jahre die immer schwächer werdende Theilnahme sie zu einem Scheitern verurtheilte, das sie 1872 durch Auflösung beendigte. In den 1860er Jahren vertrat der Verstorbene unsere Stadt auch während mehrerer Legislaturperioden im Abgeordnetenhaus, wo er der Fraction der deutschen Fortschrittspartei angehörte und 1866 die Bildung der national-liberalen Partei mit vollzog. Nicht lange darauf erfolgte sein Rücktritt vom politischen Leben, während er einer weiteren Thätigkeit als Stadtverordneter schon früher entsagt hatte. Die dadurch erlangte freie Zeit widmete Köppl fortan Fortsetzungen zur Verbesserung der Hypotheken-Creditverhältnisse der Provinz, für welche die 1867 inaugurierte freiere wirtschaftliche Gesetzgebung erst den Boden geschaffen hatte. Die Frucht seiner Bemühungen in dieser Richtung war der in erster Linie von ihm ins Leben gerufene und seitdem ununterbrochen als Director geleitete Danziger Hypotheken-Verein, der, auf durchaus solider Basis geschaffen, sich in ruhigem, mäßigem Tempo fortentwickelnd, allmählich zu erfreulicher Ausdehnung entwickelte und selbst von den häufig eingetretenen kritischen Zeitverhältnissen kaum berührt wurde.

Leben war die Summe dieses langen und reichen Lebens, so ist Mühe und Arbeit sein Ergebnis. Aber die Arbeit hat Früchte, vielfache und auch dauernde Früchte für das Gemeinwohl gestiftet. Das wird lebhaft noch dem im Leben, wo der Streit und Wandel der Meinungen, wo Temperaments-Anlagen, persönliche Sympathien und Antipathien gar zu oft das Bild des neben uns Wandelnden trüben, an seinem offenen Sarge empfunden werden, und das wird sein Andenken dauernd ehrenvoll wach erhalten bei Allen, welche einst und jetzt mit ihm strebten, neben ihm kämpften und wirkten für das Gedeihen ihrer Heimath, für das Wohl des Vaterlandes, für bürgerliche und wirtschaftliche Freiheit. Unter denen aber, die dem entschlafenen einsigen Genossen den Ehrenkranz aufs Grab legen, möge auch dieser Zeitung ein Platz nicht unter den Letzten eingeräumt sein. Sie verankert ihm die Klärung mancher trüben Tages ihrer Kindheit; sie wird ihm ein dankbares Gedenken bewahren weit über das Grab hinaus!

\* [Bezug nach Kriegsschiffen.] In der nächsten Woche trifft auf der Rhede vor Rappot der erste diesjährige Flottenbesuch ein, und zwar die kaiserliche Kreuzerregate „Prinz Adalbert“ (Commandant Capitän z. S. Delbop). Die Regate übt gegenwärtig für einige Tage bei Gedernförde, geht von dort nach Kiel und tritt am 12. Juni von dort über Sankt nach der Danziger Bucht. Sie bleibt hier bis 31. Juli und hat bis dahin Rappot zur Position. Als zweiter Sommergast der deutschen Marine erscheint hier diesmal die vor einiger Zeit in Danzig erbaute Kreuzerregate „Grafenau“ (Commandant Capitän z. S. Thomsen). Sie soll am 23. Juni, von Swinemünde kommend, auf der Rhede vor Rappot eintreffen und bis 14. Juli daselbst bleiben. Nach Abgang dieser beiden Regatten steht dann der Besuch zweier weiterer Uebungsgefahrer bevor, und zwar soll von Mitte August bis 11. September die Kreuzer-Corvette „Laila“, Uebungsschiff für Schiffsjungen (Commandant Corvetten-Capitän Wüch), und noch etwas später die Segelfregatte „Riobe“, Cadettenschulschiff (Commandant Capitän z. S. Nidenborn), vor Rappot resp. Neufahrwasser Station haben.

„Riobe“ hat vorgestern von Kiel aus eine mehrmonatliche Uebungsfahrt angetreten. Sie geht zunächst nach Norwegen, dann nach Schottland und englischen Häfen und kommt von dort über Kopenhagen nach der hiesigen Bucht, wo sie bis Anfang October bleiben wird.

H. E. [Petition des Vorsteheramts der Kaufmannschaft.] Der unterm 5. Mai d. J. im Reichstage eingegangene, dort am 10. und 11. Mai in erster Lesung berathene und einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesene Branntweinsteuer-Gesekentwurf hat auch das hiesige Vorsteheramt der Kaufmannschaft neuerdings mehrfach beschäftigt, und zwar zum Theil mit Bezug auf Anregungen, welche aus den am Spiritusverlehr betheiligten Kreisen in der Stadt und Provinz hieher gerichtet wurden. Bei der ganzen Lage der Angelegenheit hat das Vorsteheramt geglaubt, auf eine allgemeine, den gesammten Inhalt der Vorlage betreffende Petition an den Reichstag verzichten zu sollen, und sich darauf beschränkt, vorläufig wegen zweier specieller Punkte vorstellig zu werden.

Die erste Petition vom 4. d. betrifft den von der Commission neu eingefügten § 3 a:

„Vom 1. October 1889 ab darf der nicht aus Roggen, Weizen oder Gerste hergestellte oder der Materialsteuer unterworfenen Branntwein, sofern er der Verbrauchsabgabe unterliegt, nur in gereinigtem Zustand in den freien Verkehr gebracht werden.“

„Der Grad und die Art der Reinigung sowie die etwa erforderlichen Beihilfen zur Durchführung derselben bestimmt der Bundesrath.“

Die Petition lautet:

„Der von der XV. Commission — zur Vorbereitung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins — in der zweiten Lesung des Gesekentwurfes beschlossene neue § 3 a, dessen Absatz 2 lautet:

„Der Grad und die Art der Reinigung sowie die etwa erforderlichen Beihilfen zur Durchführung derselben bestimmt der Bundesrath — hat in den an der Spiritfabrikation betheiligten Kreisen auch der diesseitigen Stadt und Provinz eine lebhaft und, wie sich unsers Erachtens nicht verkennen läßt, durchaus begründete Aufregung hervorgerufen.“

Im Interesse dieser Spiritfabriken nicht nur, sondern auch mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Gegend — deren industrielle Entwicklung ohnedies mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat — halten wir uns verpflichtet, denjenigen Eingaben uns anzuschließen, welche bereits von anderer Seite, insbesondere seitens der deutschen Spiritfabrikanten, d. d. Berlin, den 27. Mai d. J., und von der Handelskammer zu Rostock unterm 28. Mai d. J., gegen den von der Commission beschlossenen, oben erwähnten Absatz an den hohen Reichstag gerichtet worden sind.

Wir können auch den in jenen beiden Petitionen ausführlich vorgetragenen Erwägungen nur durchaus beitreten.

Die Rectification des Spiritus beschäftigt in Westpreußen eine nicht unerhebliche Anzahl industrieller Betriebe, die theils für den Bedarf des Inlandes, anderen Theils aber auch in beträchtlichem Umfange für den Export arbeiten, — welcher letztere, soweit er von unserem Hafenplätze ausgeht, in den Jahren 1880 bis 1886 von rund 4000 bis auf rund 300 000 Hectoliter gestiegen ist.

Diesen industriellen Betrieb zu gefährden und zum Theil zu zerstören, wie dies von der praktischen Ausführung des fraglichen, von der Commission beschlossenen § 3 a zu erwarten sein würde, erachtet wir speciell hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage unserer im Allgemeinen sehr industriearmen Provinz für ganz außerordentlich bedenklich; und wir wenden uns daher an den hohen Reichstag mit der eben so dringenden als ganz ergebenden Bitte:

„Die Frage des Reinigungszwanges aus der Behandlung des z. Z. vorliegenden Gesekentwurfes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, ganz auszuheben, jedenfalls aber den Commissionsvorschlag wegen Gewährung von Beihilfen aus Reichsbezugs Staatsmitteln, sowie jeden anderen Antrag in ähnlicher Richtung ablehnen zu wollen.“

Die zweite Petition des Vorsteheramtes vom 7. d. M. betrifft die in § 43 des Gesekentwurfes vorgesehene Nachsteuer. Wir werden den Inhalt derselben in einer der nächsten Nummern unserer Zeitung zum Abdruck bringen.

\* [Marienburger Schloßbau-Lotterie.] Heute Vormittag 9 Uhr begann im Stadtverordneten-Saale des Rathhauses die Ziehung der Lotterie zum Besten des Ausbaues und der Ausschmückung der Marienburg unter Anwesenheit der Herren Regierungsrath Fint, Commerzienrath Damme, Kaufmann Glaubitz, Polizeirath Lutterforth aus Danzig, Landrath Döhring-Marienburg, sowie des Justizraths Holder-Egger aus Danzig. Auch ein zahlreiches Publikum hatte sich eingefunden. Zuerst wurden die 350 000 Losnummern in ein großes Glaskrad eingezählt, während in ein zweites kleineres die Gewinnnummern hineingelegt wurden. Nunmehr legten Waisenkneben das Glaskrad in Bewegung und zogen heute folgende größere Gewinne:

1 Gewinn von 6000 Mk. auf Nr. 136 958.
1 Gewinn von 3000 Mk. auf Nr. 5832.
7 Gewinne von 600 Mk. auf Nr. 81 337
94 051 213 846 231 207 255 531 269 639 295 461.
9 Gewinne von 300 Mk. auf Nr. 8127
97 906 109 871 128 010 140 677 172 398 186 969
188 949 217 192.
18 Gewinne von 150 Mk. auf Nr. 26 415
65 934 115 172 117 368 122 777 131 910 141 756
144 298 144 351 218 067 229 624 237 634 259 593
266 686 277 071 315 360 345 194 346 150.

\* [Vorzug nach Oliva.] Vom nächsten Sonntag ab wird für den Sonntag-Verkehr der Station Oliva der Abends, vor Ankunft der Rappoter Abendszüge abzufassende Vorzug wieder eingelegt. Derselbe geht 7.2 Abends von Danzig ab, kommt 7.22 in Oliva an und fährt dort 8.35 Abends wieder nach Danzig zurück. Dieser „Vorzug“ hat bekanntlich den Zweck, den gefährlichen Andrang auf dem Olivauer Bahnhofsperron bei Ankunft der Rappoter Abendszüge am Sonntag möglichst zu beseitigen.

\* [Gastliche Bräuen.] Vom nächsten Sonntage, den 12. Juni ab, werden sämtliche Bäte der Linie Danzig-Neufahrwasser, mit Ausnahme der beiden letzten Abendszüge, wieder bei Bräuen anhalten, dort auch Billets verkauft werden.

\* [Stimmung.] In den hiesigen katholischen Kirchen werden jetzt manche Vorbereitungen für die Festwoche vom 18. bis 26. Juni, in welcher Bischof Dr. Redner hier die Firmung vollzieht, getroffen. Wie früher schon mitgeteilt ist, findet dieser feierliche Act zunächst am 18. und 19. Juni in der St. Nikolaikirche, am 20. und 21. Juni dann in der Brigittenkirche und demnach in einer Anzahl anderer katholischer Kirchen statt. Da der Cultusminister v. Gögler am 19. in Danzig zu weilen gedenkt, so wird wahrscheinlich hier eine Zusammenkunft des Ministers mit dem westpreussischen Diöcesanbischof stattfinden und der Besuch des Ministers in Belpin möglicher Weise unterbleiben.

\* [Leichenbegängnis.] Gestern Nachmittag fand die Beerdigung des im Alter von 63 Jahren verstorbenen Kaufmanns Aron Simon Meyer, Mitbegründer und Teilhaber der Firma Meyer u. Gelschow, statt. Der große Trauerzug, welcher sich von dem Trauerhause Hundegasse Nr. 105 nach dem jüdischen Kirchhof am Stolzenberg bewegte, gab Zeugnis dafür, daß der Verstorbenen nicht nur in seinen Kreisen bekannt und geachtet war, sondern auch betrauert wird. In der Kapelle auf dem Kirchhof hielt Herr Rabbiner Dr. Werner die Gedächtnisrede.



M. B. Rajemau, sammtlich in Danzig.



